

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 587

Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan des Vereins

**Rechtsgrundlage, Voraussetzungen, Rechte und Pflichten,
Haftung und Verhältnis zum Vorstand**

Von

Karsten Imhof



Duncker & Humblot · Berlin

KARSTEN IMHOF

Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan
des Vereins

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 587

Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan des Vereins

Rechtsgrundlage, Voraussetzungen, Rechte und Pflichten,
Haftung und Verhältnis zum Vorstand

Von

Karsten Imhof



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristenfakultät der Universität Leipzig hat diese Arbeit
im Jahre 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk wurde auf Basis der Open Access-Lizenz CC BY 4.0
(s. <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0>) veröffentlicht. Die E-Book-Version
ist unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-59419-1> abrufbar



Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Karsten Imhof

Erschienen bei Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISSN 0720-7387

ISBN 978-3-428-19419-3 (Print)

ISBN 978-3-428-59419-1 (E-Book)

DOI 10.3790/978-3-428-19419-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 an der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen. Sie befindet sich auf dem Stand von Oktober 2024.

Mein herzlicher Dank gilt zum einen meinem Doktorvater Prof. Dr. Gregor Roth. Er hat die Arbeit thematisch angeregt, bei der Entstehung der Arbeit regelmäßig Verbesserungsvorschläge gegeben und meine Arbeit insgesamt hervorragend betreut. Insbesondere seine kurzen Reaktionszeiten, aber auch seine stets freundliche, unkomplizierte und offene Art möchte ich hervorheben. Darüber hinaus möchte ich meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Burkhard Boemke für die äußerst zügige Anfertigung des Zweitgutachtens danken.

Danken möchte ich auch meinen Freunden für die zusätzlichen Denkanstöße und ihre Unterstützung bei der Erstellung der Endfassung.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meiner Frau, meinen Schwiegereltern, meiner Schwester und meinen Eltern. Meiner Frau danke ich für ihre liebevolle und bestmögliche Unterstützung, besonders gegen Ende der Promotion. Für ihre moralische Unterstützung während der Promotion danke ich meinen Schwiegereltern. Ich danke meiner Schwester für ihr immer offenes Ohr und unseren engen Zusammenhalt, nachdem unsere Eltern leider beide viel zu früh verstorben sind. Meinen Eltern danke ich dafür, dass sie mich durch ihre Erziehung und Unterstützung dorthin gebracht haben, wo ich heute bin. Besonders meiner Mutter möchte ich danken, dass sie mir mein Studium überhaupt erst ermöglicht und mich in jeder Lebenslage nicht nur finanziell äußerst großzügig unterstützt hat, sondern stets vorbehaltlos hinter mir stand, obwohl dies nach dem viel zu frühen Tod meines Vaters sicherlich nicht immer einfach war. Auch wenn sie beide diesen Erfolg leider nicht mehr mit mir feiern können, bin ich ihnen unendlich dankbar. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Rosenthal, im November 2024

Karsten Imhof

Inhaltsübersicht

A. Einleitung	21
I. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung	21
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	27
B. Grundlagen	29
I. Das Organ des Vereins	29
II. Geschäftsführung und organschaftliche Vertretung beim Verein	38
III. Zusammenfassung	75
C. Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan des Vereins	79
I. Rechtsgrundlage	79
II. Voraussetzungen der Errichtung des Organs und der Bestellung und Abberufung des Organmitglieds	90
III. Die Kompetenzen des besonderen Vertreters	128
IV. Zusammensetzung des Organs und persönliche Kompetenzausübung	211
V. Eintragung im Vereinsregister	224
VI. Arbeitnehmereigenschaft des besonderen Vertreters	230
VII. Zivilrechtliche Haftung	236
VIII. Straf- und bußgeldrechtliche Verantwortung	285
IX. Auswirkungen auf die Pflichten des gesetzlichen Vorstands	286
D. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	303
I. Rechtsgrundlage für die Errichtung eines fakultativen Geschäftsführungs- und Vertretungsorgans	303
II. Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan	303
III. Auswirkungen auf die Pflichten des gesetzlichen Vorstands	312
E. Ausblick – Empfehlungen de lege ferenda	315
Anhang	317
Literaturverzeichnis	321
Stichwortverzeichnis	345

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	21
I. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung	21
II. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	27
B. Grundlagen	29
I. Das Organ des Vereins	29
1. Der institutionell-funktionelle Organbegriff	32
a) Institutionelle Komponente	32
b) Funktionelle Komponente	33
c) Zwischenergebnis	33
2. Unterscheidung zwischen Organ und Organmitglied	34
a) Allgemein	34
b) Besonderheit der Organmitgliedschaft beim Verein	35
c) Die Organmitgliedschaft als selbständige, abstrakte Verbandsinstitution?	36
d) Zwischenergebnis	37
II. Geschäftsführung und organschaftliche Vertretung beim Verein	38
1. Geschäftsführung und Geschäftsführungsbefugnis	38
a) Begriff der Geschäftsführung	38
aa) Leitungsaufgaben	39
(1) Compliance-Pflicht	40
(2) Organisations- und Aufsichtspflichten im Außenverhältnis („externe“ Compliance-Pflichten)	43
bb) Wahrnehmung der laufenden Vereinsgeschäfte	45
cc) Grundlagengeschäfte	46
b) Die Geschäftsführungsbefugnis	46
c) Zwischenergebnis	48
2. Organschaftliche Vertretung und Vertretungsmacht	49
a) Begriff der organschaftlichen Vertretung	49
b) Die organschaftliche Vertretungsmacht	52
c) Die Besonderheiten und Unterschiede der organschaftlichen Vertretung	53
aa) Rechtsgrund der organschaftlichen Vertretungsmacht	53
bb) Qualität der Zurechnung	54
cc) Funktion der organschaftlichen Vertretung	54
dd) Verkehrsschutz	55

ee) Persönliche Voraussetzungen?	58
d) Inkompatibilität organschaftlicher und gewillkürter Vertretungsmacht für den Verband in derselben Person?	58
e) Zwischenergebnis	65
3. Personelle Trennung von Geschäftsführung und organschaftlicher Vertretung beim Verein	66
a) Grundsatz des Gleichlaufs von Geschäftsführung und organschaftlicher Vertretung in personeller Zuständigkeit	66
b) Möglichkeit der personellen Trennung von Geschäftsführung und organschaftlicher Vertretungsmacht?	67
aa) Eine Ansicht: Personelle Identität von Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan	67
bb) Andere Ansicht: Keine notwendige personelle Identität bei Einzel- oder Gesamtvertretung	69
cc) Neufassung der §§ 26 und 28 BGB	72
dd) Stellungnahme	73
ee) Zwischenergebnis	74
III. Zusammenfassung	75
C. Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan des Vereins	79
I. Rechtsgrundlage	79
1. Die allgemeine Satzungsautonomie	79
a) Inhalt der Satzungsautonomie	80
b) Allgemeine Grenzen der Satzungsautonomie	81
c) Spezielle Grenze bei der Errichtung fakultativer Organe	83
d) Zwischenergebnis	85
2. Der besondere Vertreter	86
a) Die Entstehungsgeschichte des § 30 BGB	86
b) Die Funktionen des § 30 BGB	89
3. Zwischenergebnis	90
II. Voraussetzungen der Errichtung des Organs und der Bestellung und Abberufung des Organmitglieds	90
1. Grundlegende Unterscheidung zwischen Organ und Organmitglied	91
2. Besonderheit bei einer Bestellungsermächtigung in der Satzung	92
3. Mehrgliedrigkeit des Organs	93
4. Mehrere Organe	94
5. Grundlage für die Errichtung des Organs	95
a) Anforderungen an die satzungsmäßige Grundlage	95
aa) Grundlage in der Vereinssatzung	95
bb) Vereinsordnung und (wiederholter) Organbeschluss	96

cc) Regelmäßige Übung oder allgemeine Betriebsregelung und Handhabung	97
(1) Die haftungsrechtliche Entwicklung	98
(a) Die Rechtsfigur des Haftungsvertreters (Repräsentantenhaftung)	99
(b) Haftung wegen körperschaftlichen Organisationsmangels	101
(c) Folgen der haftungsrechtlichen Entwicklung für die organisationsrechtliche Funktion	102
(2) Stellungnahme: Rückbesinnung auf die organisationsrechtliche Funktion („enge Auslegung“)	104
b) Anforderungen für die Festlegung des Organs und des Geschäftskreises in der Satzung	107
aa) Allgemein	107
bb) (Einfache) Bestellungsermächtigung	108
cc) Bestellungsermächtigung mit Konkretisierungskompetenz für den Geschäftskreis	109
dd) Satzungsmäßige Einrichtung oder satzungsmäßiges Betätigungsfeld (mittelbare Ermächtigung)	113
6. Grundlage für die Bestellung und Abberufung des Organmitglieds	114
a) Bestellungs- und Abberufungsakt und Zuständigkeit für die Bestellung und Abberufung	114
b) Person des besonderen Vertreters	117
aa) Allgemeine Anforderungen	117
bb) Personalunion (Vorstandsmitglied und besonderer Vertreter)	118
c) Notbestellung	123
7. Keine Pflicht zur Errichtung des Organs und Bestellung des Organmitglieds („kann“)	126
8. Faktischer besonderer Vertreter	127
III. Die Kompetenzen des besonderen Vertreters	128
1. Selbständigkeit, konkurrierende oder ausschließliche Zuständigkeit und Weisungsgebundenheit („neben“)	129
a) Konkurrierende Zuständigkeit	129
b) Ausschließliche Zuständigkeit	131
c) Weisungsgebundenheit	133
2. Geschäftskreis („gewisse Geschäfte“)	137
a) Bestimmtheit	137
b) Verselbständigt gegenüber dem Zuständigkeitsbereich des Vorstands	138
aa) Alle Vorstandsgeschäfte?	139
(1) Wortlaut	139
(2) Gesetzssystematik	141
(3) Entstehungsgeschichte	143
(4) Telos	144

(5) Zusammenführung der Erkenntnisse und Zwischenergebnis	145
bb) Sachlich oder räumlich begrenzter Geschäftskreis	145
(1) Allgemeine Anforderungen	145
(2) Konkrete Beispiele aus Literatur, Rechtsprechung und Praxis . .	150
(a) Leitung eines örtlich oder sachlich begrenzten Teilbereichs des Vereins	150
(b) Vereinsrechtliche Angelegenheiten	150
(c) Compliance-Verantwortung im Verein	151
(d) Die wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und personellen Angelegenheiten des Vereins	151
(e) Geschäfte der laufenden Verwaltung/Laufende Geschäfte . .	152
(f) Geschäftsführer	153
(3) Zwischenergebnis	154
3. Die Geschäftsführungsbefugnis, die organschaftliche Vertretungsmacht und deren Verhältnis zueinander beim besonderen Vertreter	155
a) Allgemein	155
b) Beschränkung, aber kein Ausschluss der organschaftlichen Vertretungs- macht	156
c) Beschränkung und sogar Ausschluss der Geschäftsführungsbefugnis . .	161
d) Zwischenergebnis	163
4. Gesetzlicher Vertreter	164
a) Gesetzlicher Vertreter i. S. d. §§ 51 Abs. 1, 455 Abs. 1 S. 1 ZPO	167
b) Gesetzlicher Vertreter i. S. d. § 34 Abs. 1 AO	170
c) Zwischenergebnis	171
5. Nicht auf den besonderen Vertreter übertragbare Kompetenzen	172
a) Nicht übertragbare Kompetenzen bei konkurrierender Zuständigkeit (ausschließliche Vorstandskompetenzen)?	173
aa) Gesetzlich ausdrücklich festgelegte Vorstandskompetenzen	173
(1) Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung	174
(2) Insolvenzantragspflicht	174
(3) Anmeldungen und Einreichungen zum Vereinsregister	181
(4) Zwischenergebnis	185
bb) Funktionsbezogene Vorstandskompetenzen	185
(1) Insolvenzantragsrechte	186
(2) Sozialversicherungsrechtliche Melde- und Zahlungspflichten . .	188
(3) Compliance-Verantwortung	189
(4) Erfüllung steuerlicher Pflichten	190
(5) Zwischenergebnis	191
cc) Zwischenergebnis	191
dd) Auflösung von Kompetenzkonflikten in der konkurrierenden Zu- ständigkeit	191

b) Nicht übertragbare Kompetenzen bei ausschließlicher Zuständigkeit (unentziehbare Vorstandskompetenzen)?	192
aa) Gesetzlich ausdrücklich festgelegte Vorstandskompetenzen	193
(1) Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung	193
(2) Insolvenzantragspflicht	197
(3) Anmeldungen und Einreichungen zum Vereinsregister	200
(4) Zwischenergebnis	202
bb) Funktionsbezogene Vorstandskompetenzen	202
(1) Insolvenzantragsrechte	202
(2) Sozialversicherungsrechtliche Melde- und Zahlungspflichten ..	204
(3) Compliance-Verantwortung	205
(4) Erfüllung steuerlicher Pflichten	207
(5) Zwischenergebnis	208
cc) Zwischenergebnis	209
dd) Folgen der Nichtentziehbarkeit für die Kompetenzen des besonderen Vertreters	209
c) Zwischenergebnis	210
IV. Zusammensetzung des Organs und persönliche Kompetenzausübung	211
1. Allgemein	211
2. Befreiung vom Verbot des Selbstkontrahierens und der Mehrfachvertretung	214
3. Sonderfall: Gesamtvertretung mit dem Vorstand oder mit anderen besonderen Vertretern	217
a) Gesamtvertretung mit dem Vorstand	218
b) Gesamtvertretung mit anderen besonderen Vertretern	222
4. Zwischenergebnis	223
V. Eintragung im Vereinsregister	224
VI. Arbeitnehmereigenschaft des besonderen Vertreters	230
1. Kein genereller Ausschluss wegen der Organstellung des besonderen Vertreters	230
2. Voraussetzungen einer Arbeitnehmereigenschaft	233
3. Zwischenergebnis	236
VII. Zivilrechtliche Haftung	236
1. Haftung gegenüber dem Verein	237
a) Organschaftliche Haftung	237
aa) § 93 Abs. 2 S. 1 AktG, § 43 Abs. 2 GmbHG, § 34 GenG analog ..	237
bb) §§ 280 Abs. 1 i. V.m. 27 Abs. 3, 664 ff. BGB	238
(1) Schuldverhältnis	238
(2) Pflichtverletzung	238
(a) Pflichtenprogramm	238
(b) Business Judgement Rule	241
(3) Verschulden	245

(4) Schaden des Vereins	248
(5) Darlegungs- und Beweislast	248
(6) Gesamtschuldnerische Haftung	249
b) Haftung aus dem schuldrechtlichen Rechtsverhältnis	250
c) Deliktische Haftung	250
d) Haftung für verbotswidrige Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife (§ 15b Abs. 4 S. 1 InsO)	251
e) Haftung für nicht ordnungsgemäße Restrukturierung	252
f) Zwischenergebnis	256
g) Haftungsausschlüsse/-beschränkungen	256
aa) Weisung, Zustimmung und nachträgliche Billigung	256
bb) Entlastung, Verzicht und Vergleich	259
cc) Ehrenamtsprivileg	260
dd) Grundsätze der beschränkten Arbeitnehmerhaftung	260
ee) Ressortverteilung/horizontale Delegation	262
ff) Vertikale Delegation	264
gg) Haftungsbeschränkung durch Vereinbarung im Voraus	265
2. Haftung gegenüber Dritten und Vereinsmitgliedern	268
a) Organschaftliche Haftung	268
b) Vertragliche und vertragsähnliche Haftung	268
c) Deliktische Haftung	271
d) Haftung wegen Insolvenzverschleppung	272
e) Haftung für Steuerschulden und Sozialabgaben	276
f) Haftung bei unrichtigen Angaben für eine Stabilisierungsanordnung und bei nicht ordnungsgemäßer Auskehrung oder Verwahrung der Erlöse ..	277
g) Zwischenergebnis	278
h) Haftungsausschlüsse/-beschränkungen	279
aa) Ehrenamtsprivileg	279
bb) Ressortverteilung/horizontale Delegation	280
cc) Vertikale Delegation	282
dd) Haftungsbeschränkung durch Regelung in der Satzung oder in einer Vereinsordnung	283
ee) Vertragliche Haftungsbeschränkungen	283
(1) Vereinbarung zwischen Organmitglied und Drittem oder Ver- einsmitglied	283
(2) Vereinbarung zwischen Verein und Drittem oder Vereinsmitglied	284
(3) Grenzen der vertraglichen Haftungsbeschränkungen	284
3. Haftung gegenüber Mitgliedern anderer Organe	285
VIII. Straf- und bußgeldrechtliche Verantwortung	285

IX. Auswirkungen auf die Pflichten des gesetzlichen Vorstands	286
1. Konkurrierende Zuständigkeit zum Vorstand	287
a) Ausgangslage und grundlegende Auswirkungen der konkurrierenden Zuständigkeit	287
aa) Fortbestand der Pflichten des Vorstands	287
bb) Sonderproblem: Gestörte Gesamtschuld bei Ehrenamtlichkeit des Vorstands	289
b) Bestellungs- und Abberufungskompetenz des Vorstands	291
aa) Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Abberufung	291
bb) Ersatzvornahmepflicht	292
cc) Überwachungspflicht	292
dd) Zwischenergebnis	293
c) Weisungsrecht des Vorstands	293
d) Allumfassende Zuständigkeiten des Vorstands	295
2. Ausschließliche Zuständigkeit gegenüber dem Vorstand	296
a) Unentziehbare Vorstandskompetenzen	296
b) Pflichten des Vorstands gegenüber dem Verein im Innenverhältnis	296
c) Pflichten des Vorstands gegenüber Dritten im Außenverhältnis	297
d) Mitwirkung bei Vertretungsmaßnahmen des besonderen Vertreters	298
e) Bestellungs- und Abberufungskompetenz des Vorstands	299
aa) Pflicht zur sorgfältigen Auswahl und Abberufung	299
bb) Ersatzvornahmepflicht	299
cc) Überwachungspflicht	301
dd) Zwischenergebnis	301
f) Weisungsrecht des Vorstands	301
g) Allumfassende Zuständigkeit des Vorstands	302
D. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	303
I. Rechtsgrundlage für die Errichtung eines fakultativen Geschäftsführungs- und Vertretungsorgans	303
II. Das fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan	303
III. Auswirkungen auf die Pflichten des gesetzlichen Vorstands	312
E. Ausblick – Empfehlungen de lege ferenda	315
Anhang	317
Literaturverzeichnis	321
Stichwortverzeichnis	345

Abkürzungsverzeichnis

Die im Text gebrauchten Abkürzungen folgen *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtsprache, 10. Aufl. 2021. Ferner finden die nachstehenden Abkürzungen Verwendung:

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
abl.	ablehnend
a. M.	am Main
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.
ASB-Satzung	Satzung des Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V.
ausdr.	ausdrücklich
Ausg.	Ausgabe
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BJR	Business Judgment Rule
DBS	Deutscher Behindertensportverband und Nationales Paralympisches Komitee (DBS) e.V.
DBS-Satzung	Satzung des Deutscher Behindertensportverband und Nationales Paralympisches Komitee (DBS) e.V.
d. h.	das heißt
Einf.	Einführung
entspr.	entsprechende/n
gem.	gemäß
ggü.	gegenüber
Großkomm	Großkommentar
Habil.-Schr.	Habilitationsschrift
HdB d. Gem.	Handbuch der Gemeinnützigkeit
Hervorheb. d. Verf.	Hervorhebung/en des Verfassers
HFV	Hessische Fußball-Verband e. V.
HFV-Satzung	Satzung des Hessische Fußball-Verband e. V.
HK	Handkommentar/Heidelberger Kommentar
i. S. d.	im Sinne des
jew.	jeweilige/n
jurisPK	Juris-Praxiskommentar
KK	Karlsruher Kommentar
mit.	mit
MHdB GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MüKo	Münchener Kommentar
m. W. z.	mit Wirkung zum
Nachw.	Nachweise/n

Neudr.	Neudruck
NK	NomosKommentar
npoR	Zeitschrift für das Recht der Non Profit Organisationen NPO
o. ä.	oder ähnliches/m
OLGZ	Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiet des Zivilrechts
RAO	Reichsabgabenordnung
RGRK	Reichsgerichtsräte-Kommentar
RL (EU)	Richtlinie der Europäischen Union
sog.	sogenannt/e
u.	und
u. a.	unter anderem/und andere/r
Univ.	Universität
v.	vom/von
VCI	Verband der Chemischen Industrie e. V.
VCI-Satzung	Satzung des Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI)
Vorb.	Vorbemerkungen
ZStV	Zeitschrift für Stiftungs- und Vereinswesen
zugl.	zugleich
zust.	zustimmend

A. Einleitung

I. Problemaufriss und Ziel der Untersuchung

In vielen, besonders größeren Vereinen ist es gängige Praxis, dass die mit Vorstand und Mitgliederversammlung gesetzlich vorgesehene Organisationsstruktur des Vereins um ein fakultatives Organ erweitert wird, welches Geschäftsführungsaufgaben beim Verein wahrnimmt und den Verein, insbesondere gegenüber Dritten im Rechtsverkehr vertritt (fakultatives Geschäftsführungs- und Vertretungsorgan).¹

Ein Beispiel hierfür ist der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e. V. (ASB). Laut der Satzung des ASB führt der Bundesvorstand die Geschäfte des ASB eigenverantwortlich und gewissenhaft und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich.² Daneben existiert als Organ³ jedoch auch die Bundesgeschäftsführung, welche die Geschäfte der laufenden Verwaltung ausführt, die im Zusammenhang mit der ihr übertragenen Gesamtleitung der Bundesgeschäftsstelle auftreten, und hierbei alleinige Vertretungsmacht für alle Rechtsgeschäfte hat, die der ihr zugewiesene Geschäftskreis gewöhnlich mit sich bringt.⁴ Es existieren demnach zwei Geschäftsführungs- und Vertretungsorgane.

Ein anderes Beispiel ist der Hessischer Fußball-Verband e. V. (HFV). Dort leitet das Präsidium⁵ den Verband und ist für alle Angelegenheiten des Verbands im Rahmen der Geschäftsführung zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung ausdrücklich einem anderen Organ übertragen sind.⁶ Vertreten wird der HFV von einem Teil der Mitglieder des Präsidiums.⁷ Daneben werden allerdings vom Präsidium auch

¹ Zur Praxisrelevanz zuletzt auch *Schwenn/Volquardsen*, npoR 2024, 129.

² Vgl. § 11 Abs. 1 S. 1 der Satzung des ASB (Stand: 08.12.2023), abrufbar unter https://www.asb.de/application/files/3417/2257/7752/ASB-Bunderichtlinien_2024.pdf, zuletzt abgerufen am 28.10.2024 (im Folgenden „ASB-Satzung“).

³ Vgl. § 7 Nr. 4 ASB-Satzung.

⁴ Vgl. § 12 Abs. 1 S. 1 und 2 ASB-Satzung.

⁵ Viele Vereine weichen bei der Bezeichnung der Organe (Vorstand und Mitgliederversammlung) von den Bezeichnungen des Gesetzgebers ab, kritisch ggü. einer abweichenden Bezeichnung wegen Verwechslungsgefahr *Neudert/Waldner*, in: Sauter/Schweyer/Waldner, 21. Aufl., Rn. 308a; eine solche Bezeichnung für rechtsfehlerhaft einstufend *Oestreich*, Rpfleger 2002, 67 f.; diese blicken aber auf lange Historie zurück und waren bereits dem historischen BGB-Gesetzgeber bekannt, vgl. *Mugdan* I, S. 613.

⁶ Vgl. § 25 Ziff. 1 und 2 der Satzung des HFV (04.09.2021), abrufbar unter https://www.hfv-online.de/fileadmin/HFV-Daten/service/downloads/satzung_und_ordnungen/Satzung.pdf, zuletzt abgerufen am 28.10.2024 (im Folgenden „HFV-Satzung“).

⁷ Vgl. § 24 Ziff. 2 und 3 HFV-Satzung.

bis zu zwei Geschäftsführer zur Erledigung der laufenden Geschäfte des Vereins berufen, die hinsichtlich der Leitung der Verwaltung und der Führung der hauptamtlichen Mitarbeiter der Geschäftsstelle über Vertretungsmacht verfügen.⁸ Auch diese Geschäftsführer sind gemäß der Satzung ein Organ des HFV.⁹

Ein weiteres Beispiel findet sich beim Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI). Die gesamte Tätigkeit des Verbands leitet das Präsidium und ein Teil der Mitglieder des Präsidiums vertritt den Verband.¹⁰ Gemäß der Satzung des VCI existiert daneben als Organ¹¹ jedoch auch die Geschäftsführung, die aus einem oder mehreren Geschäftsführern besteht, in deren Händen die Geschäftsführung des Verbands liegt und die hinsichtlich der ihnen obliegenden Aufgaben Vertreter sind.¹²

Ein anderes Beispiel ist der Deutscher Behindertensportverband und Nationales Paralympisches Komitee (DBS) e.V. Beim DBS obliegt dem Präsidium die Geschäftsführung des Verbands.¹³ Der DBS wird gerichtlich und außergerichtlich durch zwei Mitglieder des Präsidiums vertreten.¹⁴ Das Präsidium kann jedoch zur Unterstützung in der Geschäftsführung und Durchführung der laufenden Geschäfte eine Geschäftsstelle einrichten und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen.¹⁵ Die Leitung der Geschäftsstelle kann das Präsidium wiederum einer Generalsekretärin oder einem Generalsekretär übertragen.¹⁶ Außerdem können für bestimmte Aufgabenbereiche Direktorinnen oder Direktoren benannt werden, die gleichzeitig Vertreterinnen oder Vertreter der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs sind.¹⁷ Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär und die Direktorinnen oder Direktoren bilden unter Vorsitz der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs dann das Direktorium.¹⁸ Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär und die Direktorinnen oder Direktoren führen die Geschäfte der laufenden Verwaltung und vertreten den DBS nach innen und außen.¹⁹ In der Satzung des DBS sind jedoch weder die Generalsekretärin oder der Generalsekretär noch die Direktorinnen

⁸ Vgl. § 24 Ziff. 7 HFV-Satzung.

⁹ Vgl. § 14 Ziff. 1 lit. e) HFV-Satzung.

¹⁰ Vgl. §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 1, 22 Abs. 1 und 2 der Satzung des VCI (Stand: 30.09.2021), abrufbar unter <https://www.vci.de/ergaenzende-downloads/vci-satzung-2021.pdf>, zuletzt abgerufen am 28.10.2024 (im Folgenden „VCI-Satzung“).

¹¹ Vgl. § 8 Abs. 1 lit. e).

¹² Vgl. § 23 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 3 VCI-Satzung.

¹³ Vgl. § 12 Abs. 1 der Satzung des DBS (Stand: 13.11.2021), abrufbar unter <https://www.dbs-npc.de/dbs-downloads.html>, zuletzt abgerufen am 28.10.2024 (im Folgenden „DBS-Satzung“).

¹⁴ Vgl. § 11 Abs. 2 S. 1 DBS-Satzung.

¹⁵ Vgl. § 12 Abs. 2 DBS-Satzung.

¹⁶ Vgl. § 12 Abs. 3 S. 1 DBS-Satzung.

¹⁷ Vgl. § 12 Abs. 3 S. 2 DBS-Satzung.

¹⁸ Vgl. § 12 Abs. 3 S. 2 DBS-Satzung.

¹⁹ Vgl. § 12 Abs. 6 S. 2 DBS-Satzung.

oder Direktoren noch das aus ihnen gebildete Direktorium ausdrücklich als Organe bezeichnet.²⁰

Aber nicht nur größere Vereine, sondern sogar oftmals schon kleinere Vereine mit mehreren Abteilungen, z. B. Sportvereine, verfügen zusätzlich zum Vorstand noch über Abteilungsleitungen, welche die Geschäfte ihrer Abteilung selbständig führen und den Verein im Rahmen der Aufgaben ihrer Abteilung, insbesondere im Rechtsverkehr mit Dritten vertreten.

Unabhängig von der Größe des Vereins führt im gesetzlichen Normalfall nur der gesetzliche Vorstand die Vereinsgeschäfte und vertritt den Verein (vgl. §§ 26, 27 BGB).²¹ Indem der Verein solche fakultativen Geschäftsführungs- und Vertretungsorgane in seiner Satzung regelt, möchte er sich eine umfassendere Handlungsorganisation schaffen und versucht den gesetzlichen Vorstand von dessen wahrzunehmenden Aufgaben zu entlasten.²² Besonders bei größeren Vereinen soll hierdurch außerdem der Versuch unternommen werden, die Haftung vom in der Regel ehrenamtlichen gesetzlichen Vorstand²³ hin zu dem regelmäßig hauptamtlich gegen Vergütung tätigen fakultativen Organ²⁴ zu verschieben und auf diese Weise die Haftung des Vorstands über das Ehrenamtsprivileg des § 31a BGB hinaus zu reduzieren. Diese Untersuchung soll unter anderem aufzeigen, ob diese Ziele tatsächlich erreichbar sind. Da bei kleineren Vereinen die fakultativen Geschäftsführungs- und Vertretungsorgane meist ebenfalls ehrenamtlich tätig sind, steht hier nicht das Motiv des Verschiebens der Haftung weg vom Vorstand im Vordergrund. Vielmehr geht es z. B. bei Sportvereinen in vielen Fällen um die rein praktische Erwägung, dass in den verschiedenen Sportabteilungen vielfältige und unterschiedliche Bedürfnisse bestehen, denen sich die Abteilungsleitungen, die näher am täglichen Geschehen ihrer jeweiligen Abteilung sind, mitunter sachgerechter als der Vorstand widmen können.

Obwohl damit in der Praxis, gerade bei größeren Vereinen, oftmals fakultative Geschäftsführungs- und Vertretungsorgane eingesetzt werden, sind in diesem Zusammenhang viele Fragen in Rechtsprechung und Literatur nicht abschließend geklärt. Dies lässt sich beispielhaft daran erkennen, dass schon die Frage, ob sich der Aufgabenbereich eines fakultativen Geschäftsführungs- und Vertretungsorgans auf alle Vorstandsgeschäfte erstrecken kann, von der obergerichtlichen Rechtsprechung

²⁰ Vgl. § 8 DBS-Satzung, nach dem nur die Organe der DBS-Satzung sind: 1. Verbandstag (§ 9), 2. Hauptvorstand (§ 10), 3. Präsidium (§ 11), 4. Rechtsausschüsse im Leistungssport (§ 15).

²¹ Soergel/Hadding, § 26 Rn. 4, 10; MüKoBGB/Leuschner, 9. Aufl., § 26 Rn. 10; Neudert/Waldner, in: Sauter/Schweyer/Waldner, 21. Aufl., Rn. 250.

²² So Kirberger, Rpfleger 1979, 5 (9); Notz, in: Reichert/Schimke/Dauernheim/Schiffbauer, Absch. 2 Kap. 4 Rn. 1790; Lochelfeldt, Kündigungsschutz des besonderen Vertreters, S. 18; Nußbaum, Geschäftsleiterinnenhaftung, S. 169 f.; Brouwer, NZG 2017, 481 (484); Schockenhoff, NZG 2019, 281 (285 ff.).

²³ Vgl. § 11 Abs. 16 ASB-Satzung und § 18 Ziff. 1 HFV-Satzung.

²⁴ Vgl. § 12 Abs. 9 ASB-Satzung und § 18 Ziff. 2 HFV-Satzung.